Peter A. Kraus

Regionen, Territorialkonflikte und Nationalitätenfragen in Europa – Editorial des Gastherausgebers

Deutschland gilt in der politikwissenschaftlichen Literatur gemeinhin als stabiler Bundesstaat. Im System des kooperativen Föderalismus, das sich für manche Beobachter zu einem »verkappten Einheitsstaat«[1] entwickelt hat, wirkt allenfalls der bayerische Partikularismus als potentiell zentrifugaler Faktor. Die Fliehkraft mag durch die Wahlrechtsreform der Berliner Koalition, die aktuell die Kontinuität der Repräsentation der CSU im Bundestag bedroht, politisch wieder stärker zu Buche schlagen. Doch ein Wiederaufflammen historischer Bestrebungen zur Stärkung der Eigenstaatlichkeit Bayerns, wie sie in der Weimarer Zeit von der konservativen Bayerischen Volkspartei und in der alten Bundesrepublik bis in die 1960er Jahre hinein von der Bayernpartei ausgingen, scheinen aus gegenwärtiger Sicht wenig realistisch.[2] Das territorialpolitische *cleavage* hat im Zuge der Konsolidierung der Bundesrepublik zweifelsohne an Schärfe eingebüßt.

Anders ist die Situation in mehreren Ländern Westeuropas, die ungeachtet unterschiedlicher Grade politischer Dezentralisierung keine bundesstaatliche Tradition haben – so etwa Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich –, sowie in Belgien, das seinen graduellen Wandel vom Einheits- zum Bundesstaat vor 30 Jahren formal abschloss. Territorialkonflikte sind hier ein wichtiges Element des politischen Alltags und brechen immer wieder mit mehr oder weniger großer Intensität auf, wie die Beispiele Nordirland, Schottland, Baskenland, Katalonien, Korsika und Südtirol zeigen. In Ostmitteleuropa und auf dem Balkan ist es wiederum der Status nationaler Minderheiten, der regelmäßig für innerstaatliche Spannungen sorgt, die zugleich die zwischenstaatlichen Beziehungen belasten: Man denke etwa an die Ungarn in Rumänien und der Slowakei oder an die Serben in Kosovo und Bosnien-Herzegowina.

Es ist der Anspruch dieses Themenschwerpunkts, mit zwei Einzelfallstudien zu Schottland und Katalonien sowie einem theoretisch-vergleichenden Aufsatz erklärend und interpretativ Licht auf diese Konfliktkonstellationen zu werfen. Obwohl sie außerhalb der direkt betroffenen Staaten nicht mehr die große mediale Aufmerksamkeit auf sich lenken, die ihnen im vergangenen Jahrzehnt während der Vorbereitung der Unabhängigkeitsreferenden in Schottland und Katalonien zuteilwurde, sind sie nach wie vor eine der wichtigen ungelösten Fragen auf der politischen Agenda Europas.

1 So Heidrun Abromeit, *Der verkappte Einheitsstaat*, Opladen 1992.

2 Für einen vor nicht allzu langer Zeit aus den Reihen der CSU abgegebenen Aufschrei gegen den Verlust dezentraler Gestaltungsspielräume siehe allerdings Wilfried Scharnagl, *Bayern kann es auch allein. Plädoyer für den eigenen Staat*, Köln 2012.

 DOI: 10.5771/0044-3360-2023-2-155

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2023-2-155 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Die vorliegenden Beiträge machen deutlich, dass es dabei keineswegs um Vergangenheitsnostalgie oder landsmannschaftliche Folklore geht, obgleich solche Elemente im Kontext substaatlichen Protests vereinzelt eine Rolle spielen mögen. Auch greift es zu kurz, den Protest als primär von der Intention regionaler Wohlstandssicherung motiviert zu deuten, auch wenn dies gerade in der deutschen Diskussion nicht selten geschieht. Was für Flandern oder die Regionen Oberitaliens (»Padanien«) z. T. zutreffen mag, lässt sich jedoch nicht ohne weiteres auf Schottland, Katalonien und andere Fälle übertragen.

Vielmehr zeigen die drei Artikel aus ganz unterschiedlicher Perspektive, dass die behandelten Konflikte substantielle Fragen des Verhältnisses von Demokratie und Staatlichkeit – konkret: Nationalstaatlichkeit – aufwerfen. Die Identität des Demos, der als legitimierendes Fundament politischer Herrschaft fungiert, ist keine historisch vorgegebene Größe, sondern immer auch Ausdruck veränderlicher politischer Kräfteverhältnisse, die letztlich über die inneren und äußeren Grenzen des Staatsvolks entscheiden. Wir haben in den vergangenen Jahren in Europa eine überraschende Renaissance des Souveränismus auf der Rechten wie auf der Linken erlebt. Die Parteien und Bewegungen, die für diesen Souveränismus stehen, verbindet ungeachtet ihrer großen ideologischen Differenzen das Ziel, demokratische Politik, deren Gehalt durch die Entgrenzung des Regierens im Zuge von Globalisierung und Europäisierung verloren zu gehen droht, in die Nationalstaaten »zurückzuholen«. So berechtigt dieses Anliegen sein mag, wäre es im Licht des vorliegenden Themenschwerpunkts verhängnisvoll, den Raum demokratischer Souveränität allein mit den Strukturen etablierter Staatlichkeit und der Identität etablierter Staatsvölker gleichzusetzen. Vielmehr sind Demos und Souveränität als dynamische und variable Größen zu sehen, die mehr als nur eine territorialpolitische Ebene umfassen und verschiedenen Gruppenidentitäten Ausdruck verleihen müssen.

Es war eine der großen Hoffnungen, die sich auf die Konstitution der Europäischen Union richtete, dass sich daraus Wege ergeben würden, das Denken von Demokratie in nationalstaatlichen Schablonen zu sprengen. Dabei galt es, Souveränität und Selbstbestimmung »nach oben« hin – in den transnationalen Raum hinein – zu erweitern und »nach unten« hin – für Regionen und Nationalitäten – zu öffnen. Drei Jahrzehnte nach Maastricht zeigt sich, dass es Europa nicht gelungen ist, auch nur in Ansätzen eine kohärente Antwort auf diese Herausforderung zu finden. Der prekäre Zustand des europäischen Projekts, der mit der demokratischen Malaise in vielen Nationalstaaten einhergeht, mag nicht zuletzt auch mit diesem Defizit zusammenhängen.

© Kraus

https://doi.org/10.5771/0044-3360-2023-2-155 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -